

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Verfassungsschutz**

Sebastian Zinke, MdL

zu TOP Nr. 28a

Fragestunde

**„Muslim Interaktiv“ auf dem Vormarsch: Was
unternimmt die Landesregierung, um eine islamische
Radikalisierung in Deutschland und Niedersachsen zu
verhindern?**

Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 19/4261

während der Plenarsitzung vom 17.05.2024
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Bilder, die wir in den letzten Wochen beispielsweise aus Hamburg wahrnehmen mussten, sind für uns Demokratinnen und Demokraten kaum erträglich. Dort wird offen die Abschaffung unseres freien Staates, des Grundgesetzes und unserer Grundrechte, die wir hier heute Morgen noch gefeiert haben, gefordert. Auch wenn diese Versammlungen vom Grundsatz her von der Versammlungsfreiheit geduldet sind, muss es unser Anspruch als Demokratinnen und Demokraten sein, solchen Hass auf unseren Straßen zukünftig nicht mehr ertragen zu müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deshalb ist eine Verbotsdiskussion auch genau die richtige Diskussion.

Die Antworten in der Fragestunde haben, finde ich, zwei Dinge gezeigt: erstens, dass wir von solchen Vorkommnissen in Niedersachsen derzeit nicht betroffen sind, dass es sich hierbei derzeit also nicht um eine niedersächsische Angelegenheit handelt, sondern dass diejenigen handeln müssen, bei denen diese Phänomene vermehrt auftreten, und zweitens, dass unsere Sicherheitsbehörden - damit ist insbesondere der niedersächsische Verfassungsschutz gemeint - Extremistinnen und Extremisten fest im Blick haben. Und das gilt auch für Islamisten, meine Damen und Herren.

Die gute Nachricht ist also: Dieses Land ist für seine Bürgerinnen und Bürger sicher. Wir haben in Niedersachsen einen gut aufgestellten Sicherheitsapparat, der sich genau dieser Phänomene annimmt.

Der Versuch der AfD - das haben wir ja gerade auch im Abschlussstatement gehört - , allgemein Angst vor Menschen mit muslimischem Glauben zu schüren, geht hier an dieser Stelle fehl, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Frage bleibt natürlich: Wie kann es eigentlich sein, dass Männer - es sind ja insbesondere Männer -, die in unserem Land die Vorzüge unseres freiheitlichen Gemeinwesens genossen haben bzw. genießen, genau diese Freiheiten nun abschaffen wollen und dies offen mit wehenden Fahnen auf unseren Straßen fordern, die quasi ins Mittelalter zurückwollen. Diese Frage wird derzeit an vielen Stellen diskutiert. Ich will nicht darauf eingehen. Dafür reicht die Redezeit an dieser Stelle gar nicht.

Aber ich finde, wir müssen an dieser Stelle eines festhalten, weil es natürlich auch einen Hintergrund hat, dass diese Kleine Anfrage für die Fragestunde gestellt wird: 6,5 Prozent unserer Bevölkerung sind muslimischen Glaubens. Musliminnen und Muslime gehören also zu unserem Land, gehören zu Deutschland. Und damit gehört der Islam zu Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren. Christian Wulff, der diesen Satz geprägt hat, war heute Morgen hier unter uns.

Es muss daher in unser aller Interesse sein, dass sich ein moderner, ein freier, ein friedlicher Islam entwickelt und dieser fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Dazu müssen wir den extremistischen Islamismus, wie wir ihn beispielsweise in Hamburg in der Öffentlichkeit beobachten konnten, bekämpfen und gleichzeitig für echte Chancengleichheit in allen Teilen unserer Gesellschaft sorgen. Bei Ersterem - das haben wir heute Morgen in den Antworten der Ministerin gehört - sind wir auf einem sehr guten Weg und gut aufgestellt. Ich glaube, bei Letzterem - das gehört zur Wahrheit dazu - gibt es noch ein ganzes Stück Luft nach oben.

Herzlichen Dank.